

Juli 2019

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Studieninformation.....	1
Zusammenfassung.....	2
EU-Kommissionspräsidentin: Nur jeder Dritte hält von der Leyen für gute Wahl.....	3
Parlament sollte über neuen Kommissionspräsidenten entscheiden.....	4
Flüchtlingsrettung im Mittelmeer: breite Mehrheit unterstützt private Initiativen.....	5
Umwelt- und Klimaschutz aus Sicht vieler Bürger unzureichend.....	6
Mehrheit für Ausbau erneuerbarer Energien, Kerosinsteuer und schnelleren Kohleausstieg.....	7
Politikerzufriedenheit: Merkel auf Platz 1, kritische Sicht auf die meisten Akteure.....	8
Bundesregierung weiter im Ansehenstief	9
Sonntagsfrage: politische Stimmung stabil, Grüne weiter knapp vor Union.....	10
Zwei Drittel sorgen sich vor Veränderung unseres Staates durch Rechtsextremismus.....	12
Politisch motivierte Gewalt: Größte Gefahr wird von Rechts wahrgenommen.....	13

ARD – DeutschlandTREND Juli 2019

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 60:40)	
WDR-Autorin	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Claudia Müller	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Anja Miriam Simon	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.006 Befragte Sonntagsfrage: 1.506 Befragte Fragen zur EU-Kommissionspräsidentschaft: 789 Befragte Fragen zur Aussetzung der Seenotrettung durch die EU und zur juristischen Verfolgung von Seenotrettung: rund 500 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	01. bis 02. Juli 2019 Sonntagsfrage: 01. bis 03. Juli 2019 Fragen zur EU-Kommissionspräsidentschaft: 3. Juli 2019	
Schwankungsbreite	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Zusammenfassung

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer haben am Dienstag dieser Woche die derzeitige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen - für die allermeisten Beobachter sehr überraschend - für das Amt der EU-Kommissionspräsidentin nominiert. Unter den Wahlberechtigten in Deutschland überwiegt derzeit deutlich die Skepsis gegenüber von der Leyen: nur ein Drittel ist der Meinung, dass sie im Falle der noch unsicheren Zustimmung durch das Europäische Parlament auch eine gute Kommissionspräsidentin wäre.

In dieser Woche hat die vorübergehende Festnahme der deutschen Sea-Watch Kapitänin Carola Rackete die Debatte über die europäische Flüchtlingspolitik im Mittelmeerraum neu entfacht. Drei Viertel der Deutschen sprechen sich dafür aus, die Rettung von Flüchtlingen aus Seenot grundsätzlich nicht juristisch zu verfolgen. Dass Italien Rettungsschiffen mit Flüchtlingen den Zugang zu seinen Häfen verweigert, lehnen 70 Prozent ab. Hingegen erfahren private Initiativen, die Flüchtlinge aus dem Mittelmeer retten, mehrheitlich Unterstützung.

Der Umwelt- und Klimaschutz hat nicht nur angesichts des heißen Sommers deutlich an Bedeutung gewonnen, er war bereits bei der Europawahl im Mai ein wahlentscheidendes Thema. Insgesamt überwiegen in der Bevölkerung die Zweifel, dass sich wichtige gesellschaftliche Akteure ausreichend für die Belange des Umwelt- und Klimaschutzes einsetzen. Zwei Drittel kritisieren die Bemühungen der Bevölkerung in Sachen Klimaschutz, aber auch die Anstrengungen der Europäischen Union, der Bundesregierung und der Unternehmen in Deutschland als unzureichend. Am deutlichsten fällt die Kritik an der internationalen Staatengemeinschaft aus. Zur Verbesserung des Klimaschutzes setzen die Bundesbürger mehrheitlich auf den Ausbau erneuerbarer Energien, die Einführung einer Kerosinsteuer und einen schnelleren Ausstieg aus der Kohleverstromung. Die Einführung einer CO₂-Steuer wird hingegen mehrheitlich abgelehnt, noch deutlicher eine Verteuerung der Anschaffung und des Unterhalts von Autos mit Verbrennungsmotor.

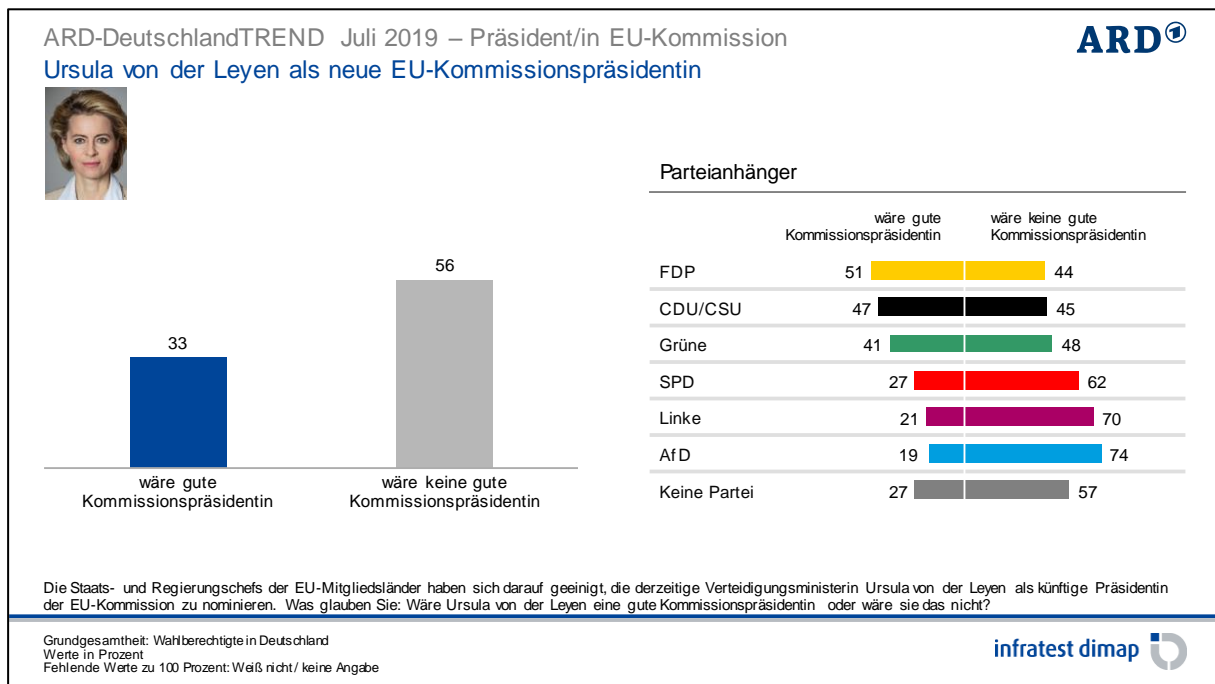
Die Liste der beliebtesten Politiker wird wie im Juni von Bundeskanzlerin Angela Merkel angeführt. Mit ihrer Arbeit sind aktuell 54 Prozent der Bürger zufrieden, womit sie einerseits nicht an frühere Popularitätswerte anknüpfen kann, andererseits nach wie vor höhere Zustimmung bekommt als ihre Kabinettsmitglieder. Und auch die Bundesregierung, die im Vormonat deutlich an Rückhalt in der Bevölkerung verloren hatte, kann in diesem Monat ihr Ansehen kaum steigern. Aktuell sind nur drei von zehn Bundesbürgern zufrieden mit der Arbeit des Berliner Kabinetts. Die aktuelle bundespolitische Stimmung ist weitgehend stabil. Die Union käme wie im Vormonat auf 25 Prozent der Stimmen und bleibt damit in einem historischen Tief. Die SPD verbessert sich leicht und würde derzeit 13 Prozent erreichen. Wären diese Werte Ergebnis eines Urnengangs, hätte die aktuelle Regierung keine Mehrheit im Bundestag. Für die Grünen würden sich wie im Juni 26 Prozent der Wählerinnen und Wähler entscheiden - sie wären damit weiterhin stärkste Kraft. Auch die AfD bleibt konstant und könnte wie im Vormonat 13 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Die Linke und FDP liegen jeweils bei 8 Prozent.

Vor dem Hintergrund der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke wird über den Umgang mit Rechtsextremismus in Deutschland diskutiert. Dabei äußern zwei Drittel der Bevölkerung die Sorge, dass Rechtsextremisten unseren Staat verändern könnten und finden, dass rechtsextreme Positionen in letzter Zeit gesellschaftsfähiger geworden sind. Defizite bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus sehen ebenso viele. Mehr Befugnisse für Sicherheitsdienste würde eine Mehrheit begrüßen. Bei politisch motivierter Gewalt geht nach Ansicht der Bürger die größte Gefahr von rechtsextremen Gewalttätern aus, nicht viel weniger von islamistischen. Das sind die wichtigsten Befunde im aktuellen ARD-DeutschlandTREND von infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT.

EU-Kommissionspräsidentin: Nur jeder Dritte hält von der Leyen für gute Wahl

Die derzeitige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen wurde am Dienstag dieser Woche - für die allermeisten Beobachter sehr überraschend - von den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer für das Amt der EU-Kommissionspräsidentin nominiert. Diese Personalie wird seit ihrem Bekanntwerden sowohl auf europäischer Ebene als auch im politischen Berlin äußerst kontrovers diskutiert.

Und auch in der deutschen Bevölkerung überwiegt die Skepsis, ob Ursula von der Leyen dieses Amt gut ausfüllen kann. Die Verteidigungsministerin, die im Februar wegen der Vergabeaffären ihres Ministeriums massiv unter Druck geriet, konnte seither nur rund ein Viertel der Bürger mit ihrer Kabinettsarbeit in Berlin überzeugen. Zwei Drittel übten hingegen Kritik an ihrer Arbeit (vgl. Februar bis Mai 2019). Und auch mit Blick auf ein mögliches Wirken in Brüssel glaubt nur ein Drittel (33 Prozent), dass Ursula von der Leyen eine gute Kommissionspräsidentin wäre, 56 Prozent sind gegenteiliger Auffassung.

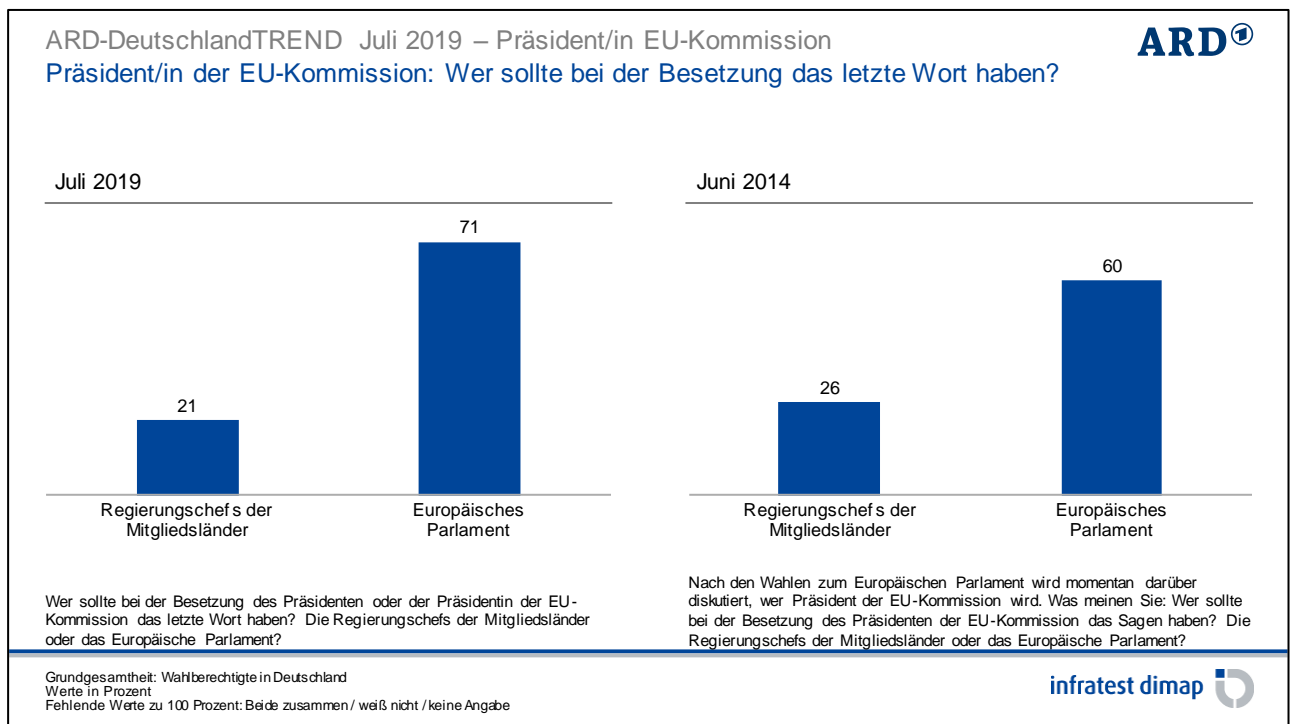


Noch den größten Zuspruch bekommt Ursula von der Leyen von den Anhängern der FDP, das Unionlager ist gespalten, die Anhänger aller anderer Parteien glauben mehrheitlich nicht, dass sie eine gute Kommissionspräsidentin wäre. Besonders groß ist die Skepsis unter jüngeren Bürgern im Alter bis 34 Jahren, aber auch bei den älteren Bürgern ist die Skepsis höher als das Zutrauen in Ursula von der Leyen.

Parlament sollte über neuen Kommissionspräsidenten entscheiden

Im Zusammenhang mit der Nominierung der deutschen Verteidigungsministerin als EU-Kommissionspräsidentin wurde auch das grundsätzliche Verfahren der Kandidatenauswahl (nach Artikel 17, Abs. 7 des EU-Vertrages) erneut in Frage gestellt – insbesondere, weil die Regierungschefs sich auf eine Kandidatin geeinigt haben, die nicht als Spitzenkandidatin bei der Europawahl angetreten ist und die zuvor nicht als eine mögliche Kandidatin für ein Spitzenamt in der EU-Exekutive in Erscheinung getreten war.

Aus Sicht der Bürger in Deutschland ist klar, wer bei der Besetzung des Präsidenten oder der Präsidentin der EU-Kommission das letzte Wort haben sollte: Das Parlament (71 Prozent). Lediglich ein Fünftel (21 Prozent) ist hingegen der Meinung, dass die Regierungschefs der Mitgliedsländer diese Personalie letztlich entscheiden sollten. Im Vergleich zur Europawahl 2014 sind damit noch mehr Bürger in Deutschland der Ansicht, dass die Entscheidung letztlich beim EU-Parlament liegen sollte.

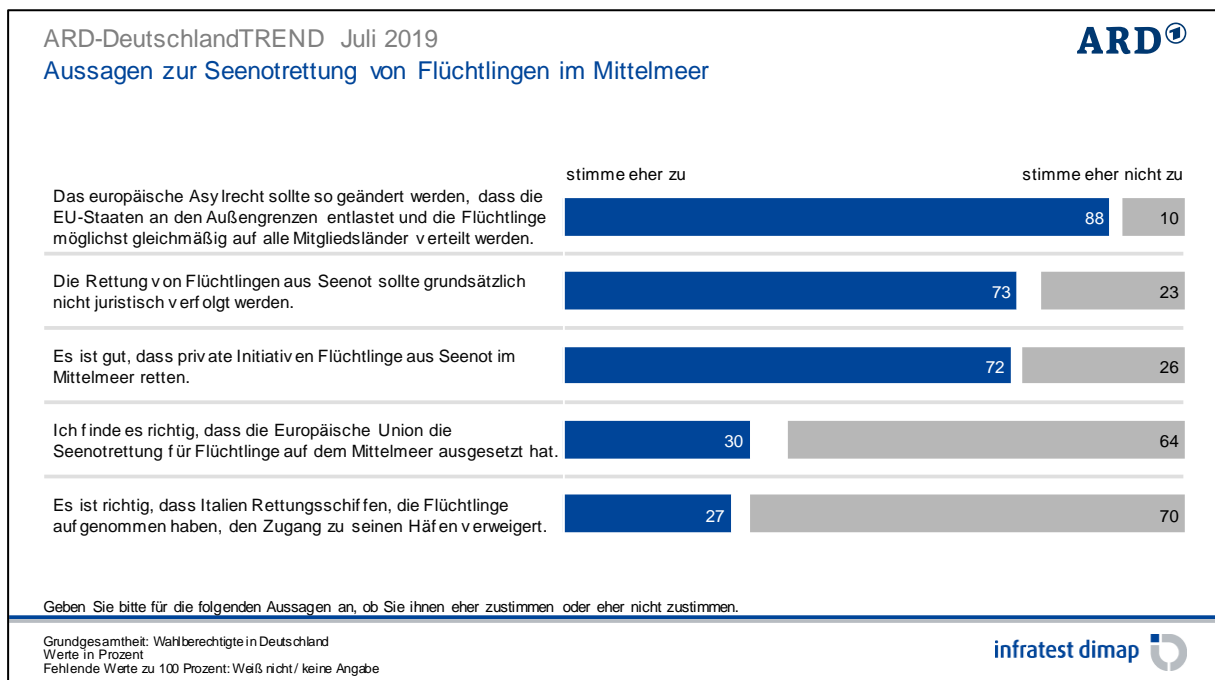


Flüchtlingsrettung im Mittelmeer: breite Mehrheit unterstützt private Initiativen

Die vorübergehende Festnahme der deutschen Sea-Watch Kapitänin Carola Rackete hat die Debatte über die europäische Flüchtlingspolitik und den Umgang mit in Seenot geratenen Flüchtlingen im Mittelmeerraum neu entfacht. Die Kapitänin war am vergangenen Wochenende mit ihrem Schiff ohne Erlaubnis in den Hafen der italienischen Insel Lampedusa eingelaufen, worauf die italienischen Behörden unter anderem die Einleitung eines Verfahrens wegen Begünstigung illegaler Migration prüften.

Die deutsche Bevölkerung sieht dies durchaus kritisch: Drei Viertel der Deutschen (73 Prozent) sprechen sich dafür aus, die Rettung von Flüchtlingen aus Seenot grundsätzlich nicht juristisch zu verfolgen. Dass Italien Rettungsschiffe, die Flüchtlinge aufgenommen haben, den Zugang zu seinen Häfen verweigert, finden 70 Prozent nicht richtig. Hingegen erfahren private Initiativen, die Flüchtlinge aus dem Mittelmeer retten, mehrheitlich Unterstützung (72 Prozent) – insbesondere von Frauen, die die private Flüchtlingsrettung häufiger als Männer (80:64 Prozent) als gut erachten und die restriktive Haltung Italiens häufiger kritisieren (79:60 Prozent).

Und auch die europäische Flüchtlingspolitik generell stößt in der deutschen Bevölkerung auf Kritik. Knapp zwei Drittel (64 Prozent) finden es nicht richtig, dass die Europäische Union mit dem Ende der Marine-Mission "Sophia" die Seenotrettung für Flüchtlinge im Mittelmeer ausgesetzt hat. Und das Gros der Bürgerinnen und Bürger (88 Prozent) spricht sich für eine Änderung des europäischen Asylrechts aus, die die EU-Staaten an den Außengrenzen entlasten und die Flüchtlinge möglichst gleichmäßig auf alle Mitgliedsländer verteilen würde.



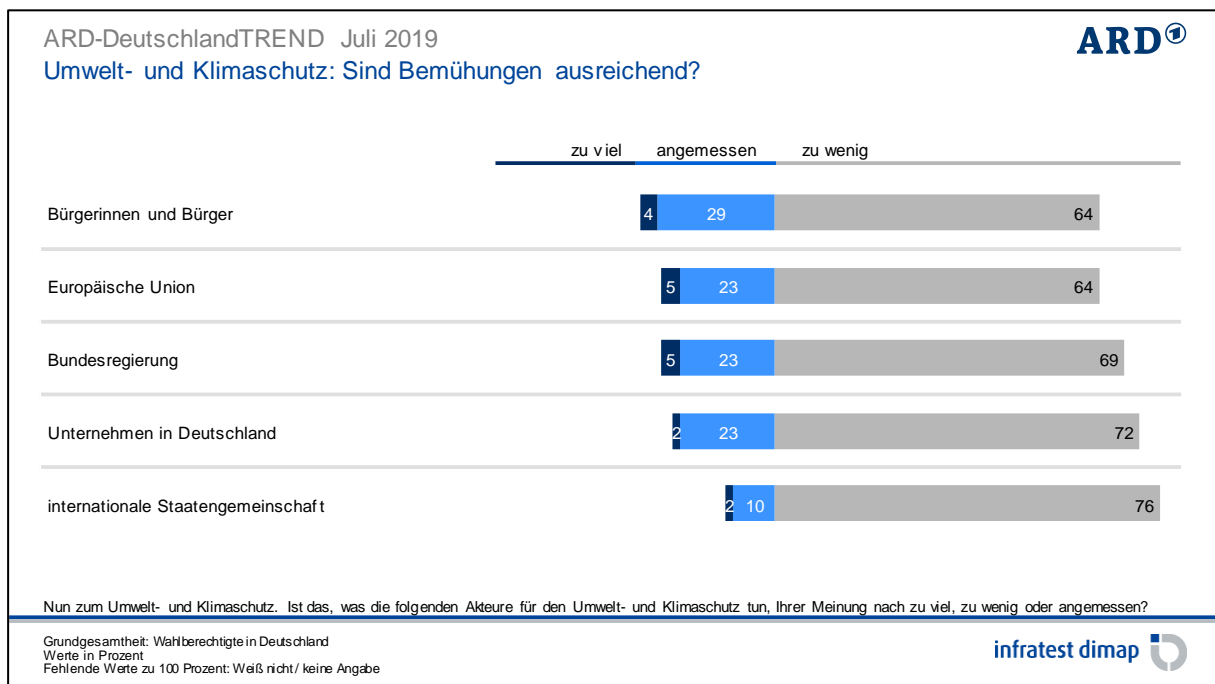
Eine andere Haltung zur Flüchtlingsrettung im Mittelmeer vertreten die Anhänger der AfD, die im Unterschied zu den Anhängern aller anderen Parteien die private Seenotrettung mehrheitlich ablehnen (65 Prozent), die restriktive Haltung Italiens hingegen als richtig erachten (68 Prozent).

Umwelt- und Klimaschutz aus Sicht vieler Bürger unzureichend

Der Umwelt- und Klimaschutz hat nicht nur angesichts des heißen Sommers deutlich an Bedeutung gewonnen, sondern war bereits bei der Europawahl im Mai ein wichtiges wahlentscheidendes Thema (48 Prozent, +28 im Vergleich zu Mai 2014).

Insgesamt überwiegen in der Bevölkerung die Zweifel daran, dass sich wichtige gesellschaftliche Akteure ausreichend um die Belange des Umwelt- und Klimaschutzes bemühen. Noch am ehesten bewerten die Deutschen das Engagement der Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik als angemessen (29 Prozent). Zwei Drittel (64 Prozent) kritisieren aber auch die Bemühungen der Bevölkerung in Sachen Klimaschutz als unzureichend. Auf ein ähnliches Urteil stoßen die Anstrengungen der Europäischen Union, der Bundesregierung und der Unternehmen in Deutschland, die jeweils nur ein knappes Viertel (23 Prozent) als angemessen beurteilt. Deutliche Mehrheiten bewerten das Engagement der EU, der Bundesregierung und auch der deutschen Wirtschaft hingegen als zu gering.

Am deutlichsten fällt die Kritik an den Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft aus: nur jeder Zehnte (10 Prozent) beurteilt ihre Aktivitäten als angemessen, 76 Prozent sind hingegen der Ansicht, dass die internationale Staatengemeinschaft zu wenig für den Umwelt- und Klimaschutz tut.

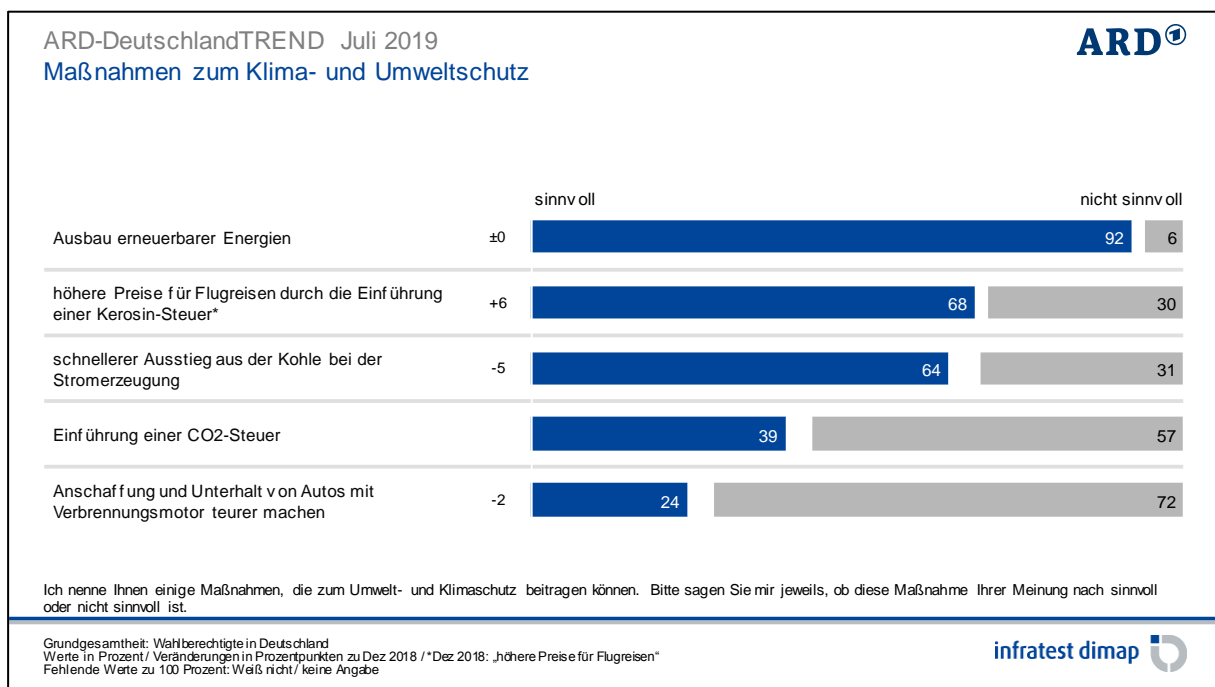


Die Zweifel, ob genug für den Umwelt- und Klimaschutz getan wird, steigen mit dem Bildungsgrad und sind erwartungsgemäß unter den Anhängern der Grünen und der Linken besonders ausgeprägt.

Mehrheit für Ausbau erneuerbarer Energien, Kerosinsteuer und schnelleren Kohleausstieg

Zur Verbesserung des Klimaschutzes setzen die Bundesbürger wie schon im Dezember letzten Jahres insbesondere auf den Ausbau erneuerbarer Energien, den sie fast einhellig (92 Prozent, +/-0 im Vergleich zu Dezember 2018) als sinnvoll erachten. Gut zwei Drittel (68 Prozent, +6) halten auch höhere Flugpreise durch die Einführung einer Kerosinsteuer für eine geeignete Maßnahme. Für einen schnelleren Ausstieg aus der Kohleverstromung plädieren aktuell zwei Drittel (64 Prozent, -5), wobei die Unterstützung des Kohleausstiegs insbesondere unter den Jüngeren im Alter bis 34 Jahren hoch ist (74 Prozent) und mit zunehmendem Alter abnimmt.

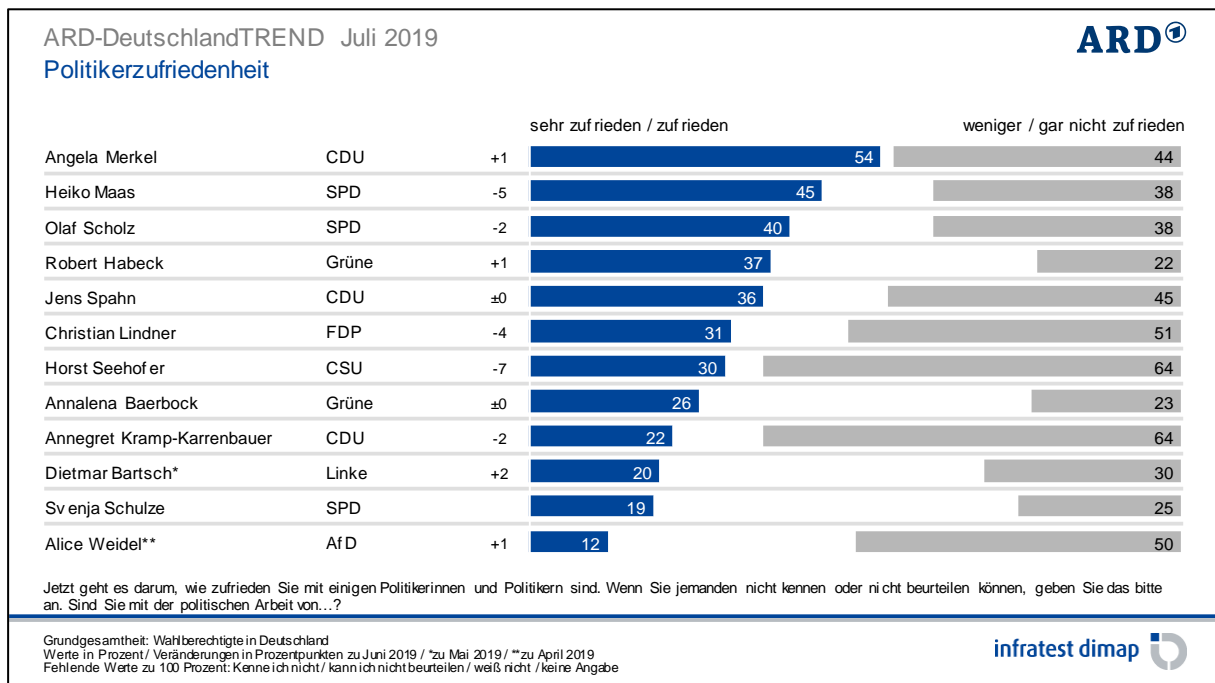
Die Einführung einer CO₂-Steuer wird hingegen mehrheitlich abgelehnt, die Wählerinnen und Wähler sind bei diesem Thema gespalten: rund sechs von zehn Deutschen (57 Prozent) erachten sie nicht als sinnvoll, vier von zehn hingegen befürworten sie (39 Prozent). Eine Verteuerung der Anschaffung und des Unterhalts von Autos mit Verbrennungsmotor überzeugt wie schon im Dezember 2018 nur jeden Vierten (24 Prozent, -2).



Die Unterstützung für die verschiedenen Maßnahmen zur Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutzes ist unter Bürgern mit formal höherer Bildung größer als unter formal niedrig Gebildeten und ebenso unter den Anhängern der Grünen erwartungsgemäß überdurchschnittlich hoch.

Politikerzufriedenheit: Merkel auf Platz 1, kritische Sicht auf die meisten Akteure

Die Liste der beliebtesten Politiker wird wie im Juni von Bundeskanzlerin Angela Merkel angeführt. Mit ihrer Arbeit sind aktuell 54 Prozent der Bürger zufrieden, womit sie einerseits nicht an frühere Popularitätswerte anknüpfen kann, andererseits nach wie vor höhere Zustimmungswerte bekommt als ihre Kabinettsmitglieder. SPD-Außenminister Maas kann zwar trotz Verlusten Platz zwei verteidigen (45 Prozent, -5), erreicht aber nicht vergleichbare Beliebtheitswerte wie frühere Außenminister. Auf Merkel und Maas folgt SPD-Finanzminister Olaf Scholz, der nach einem Minus von 2 Prozentpunkten von 40 Prozent der Bürger Zustimmung bekommt.

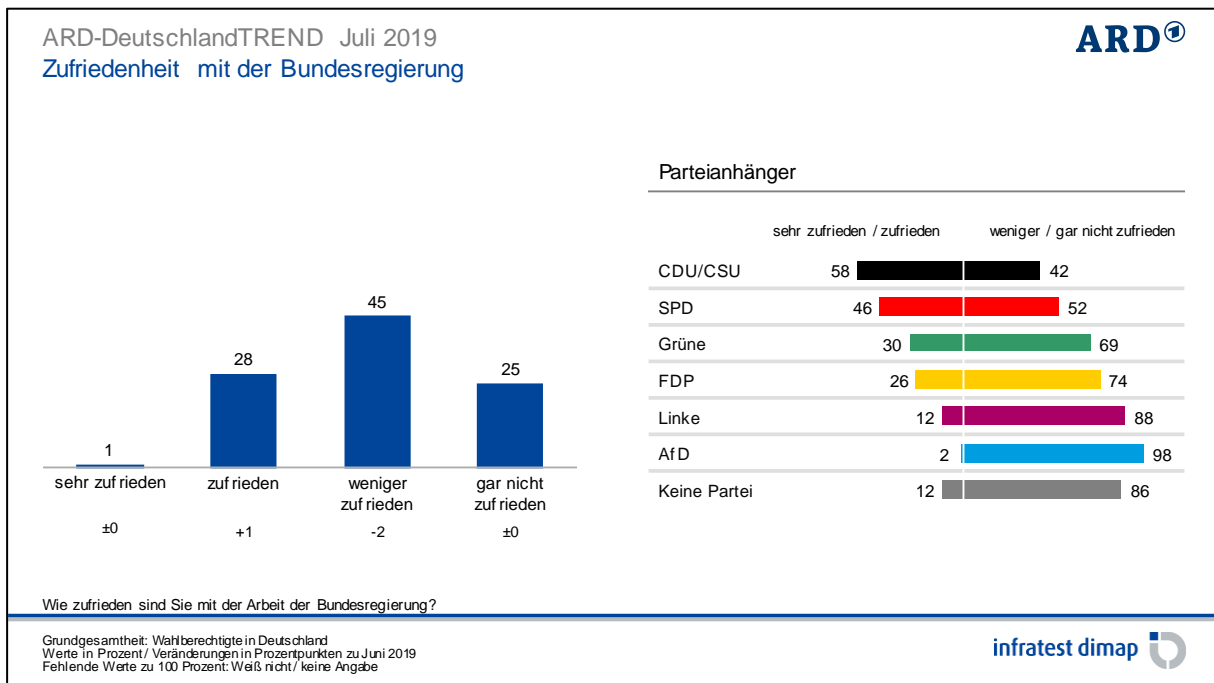


Das Mittelfeld wird angeführt vom Grünen-Parteivorsitzenden Robert Habeck (37 Prozent, +1), gefolgt von CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn (36 Prozent, +/0). FDP-Parteichef Christian Lindner muss den dritten Monat in Folge Verluste hinnehmen und fällt mit aktuell 31 Prozent (-4 Prozentpunkte) auf den schlechtesten Wert seit Dezember 2018. Noch deutlichere Verluste verzeichnet CSU-Innenminister Horst Seehofer (30 Prozent, -7), der damit einige Plätze verliert. Die Co-Vorsitzende der Grünen Annalena Baerbock wird, wie schon im Juni, von einem Viertel der Bürger (26 Prozent) für ihre politische Arbeit gelobt, allerdings traut sich die Mehrheit der Befragten kein Urteil über ihre Arbeit zu.

Für CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer, die bereits im Juni deutlich an Rückhalt in der Bevölkerung verloren hatte, ist erneut ein Minus zu verzeichnen: Sie erhält im Juli noch von rund einem Fünftel (22 Prozent, -2) der Bürger gute Noten - der bislang niedrigste Wert für die CDU-Parteivorsitzende im ARD-DeutschlandTREND. Die CDU-Chefin und Horst Seehofer stehen am deutlichsten in der Kritik. Auf Annegret Kramp-Karrenbauer folgen der Linken-Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch (20 Prozent, +2 im Vergleich zu Mai 2019) und SPD-Umweltministerin Schulze (19 Prozent), deren Arbeit bei ebenfalls einem Fünftel der Bürger auf Zustimmung stößt. Der Umweltministerin ist es bisher aber noch nicht gelungen, sich durch ihr politisches Wirken zu profilieren, sie ist großen Teilen der Bevölkerung nach wie vor unbekannt. Am Ende der Beliebtheitskala steht die Fraktionsvorsitzende der AfD Alice Weidel (12 Prozent, +1 im Vergleich zu April 2019).

Bundesregierung weiter im Ansehenstief

Die Bundesregierung, die im Vormonat deutlich an Rückhalt in der Bevölkerung verloren hatte (-10 Prozentpunkte), kann auch in diesem Monat ihr Ansehen kaum steigern. Aktuell sind nur drei von zehn (29 Prozent) Bundesbürgern zufrieden mit der Arbeit des Berliner Kabinetts, sieben von zehn (70 Prozent) hingegen weniger oder gar nicht zufrieden.

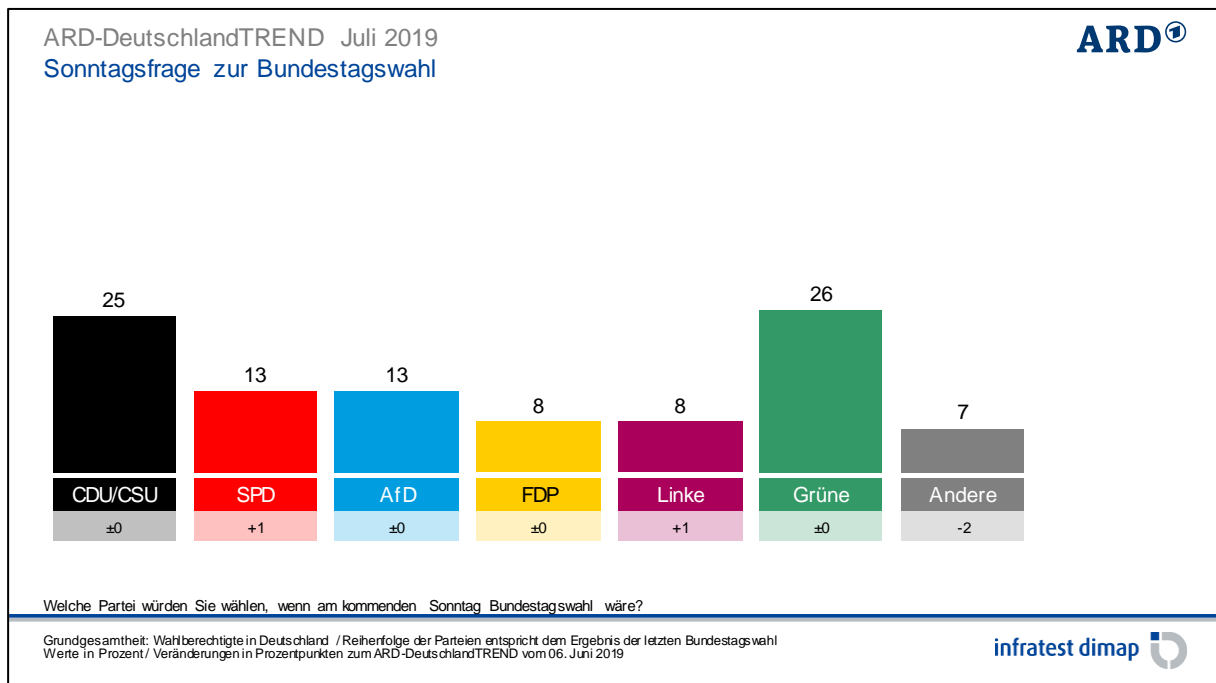


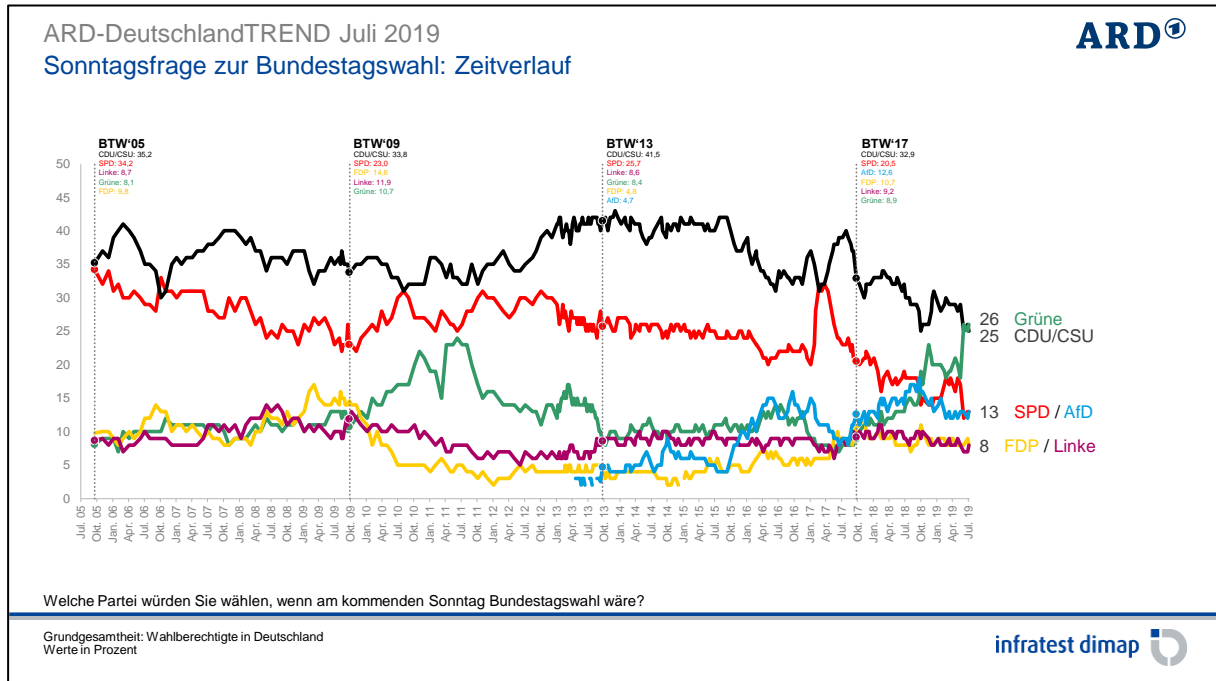
Ein positives Bild überwiegt nur bei den Anhängern der Unionsparteien (58:42 Prozent). In den Reihen des Koalitionspartners SPD sind dagegen die Kritiker leicht in der Mehrheit (52:46 Prozent). Noch deutlicher fällt die Kritik erwartungsgemäß in den Reihen der Oppositionsparteien aus sowie bei Wahlberechtigten die aktuell keine Parteipräferenz haben.

Sonntagsfrage: politische Stimmung stabil, Grüne weiter knapp vor Union

Die aktuelle bundespolitische Stimmung ist weitgehend stabil. Die Union käme wie im Vormonat auf 25 Prozent der Stimmen und bleibt damit in einem historischen Tief. Die SPD verbessert sich leicht und würde derzeit 13 Prozent (+1) erreichen. Wären diese Werte Ergebnis eines Urnengangs, hätte die aktuelle Regierung keine Mehrheit im Bundestag.

Für die Grünen würden sich wie im Juni 26 Prozent der Wählerinnen und Wähler entscheiden – sie wären damit weiterhin stärkste Kraft. Auch die AfD bleibt konstant und könnte wie im Vormonat 13 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Die Linke kann ihren Stimmenanteil leicht ausbauen (8 Prozent, +1), die FDP liegt unverändert bei ebenfalls 8 Prozent. Alle anderen Parteien erreichen zusammen 7 Prozent der Stimmen.



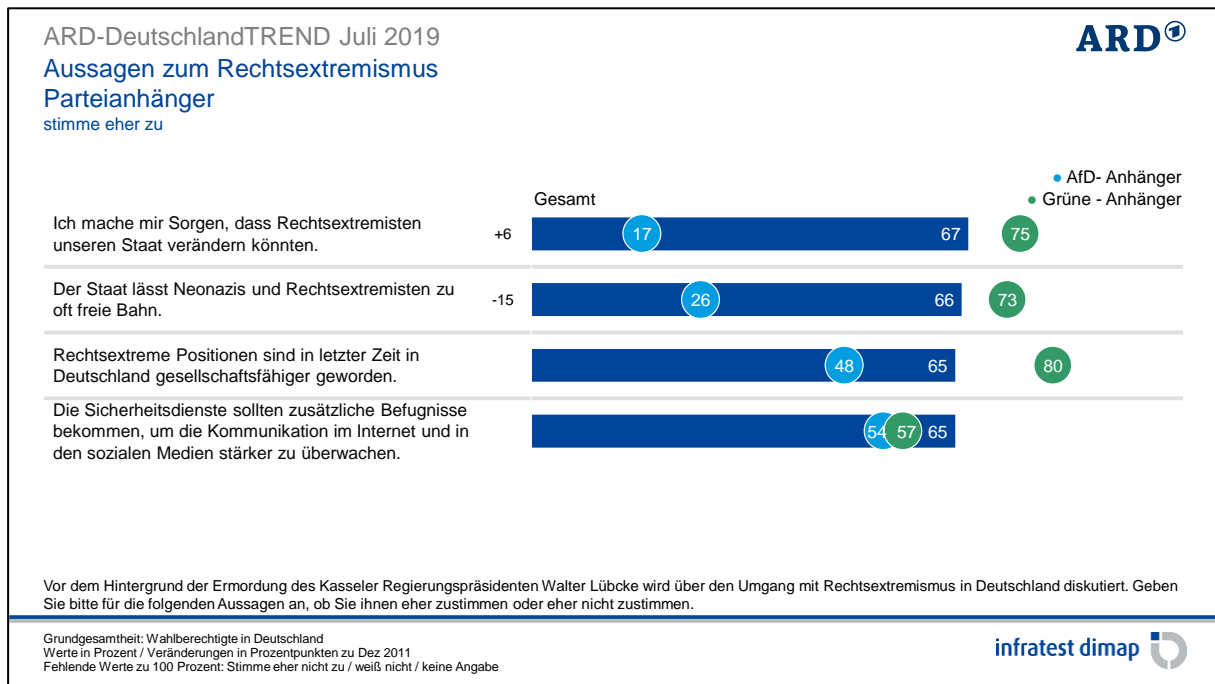


Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Zwei Drittel sorgen sich vor Veränderung unseres Staates durch Rechtsextremismus

Vor dem Hintergrund der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke wird über den Umgang mit Rechtsextremismus in Deutschland diskutiert. Dabei äußern zwei Drittel der Bevölkerung (67 Prozent) die Sorge, dass Rechtsextremisten unseren Staat verändern könnten. Ähnlich viele (65 Prozent) konstatieren, dass rechtsextreme Positionen in letzter Zeit gesellschaftsfähiger geworden sind.

Defizite bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus sehen ebenfalls zwei von drei Bürgern (66 Prozent). Allerdings ist diese Kritik weniger häufig als noch 2011 zu hören, als nach der Aushebung der NSU-Terrorzelle noch rund 80 Prozent einen zu laxen Umgang mit Rechtsextremisten beklagten. Insgesamt würde es eine Mehrheit unterstützen, wenn die Sicherheitsdienste zusätzliche Befugnisse bekämen, um die Kommunikation im Internet und in den sozialen Medien zu überwachen.



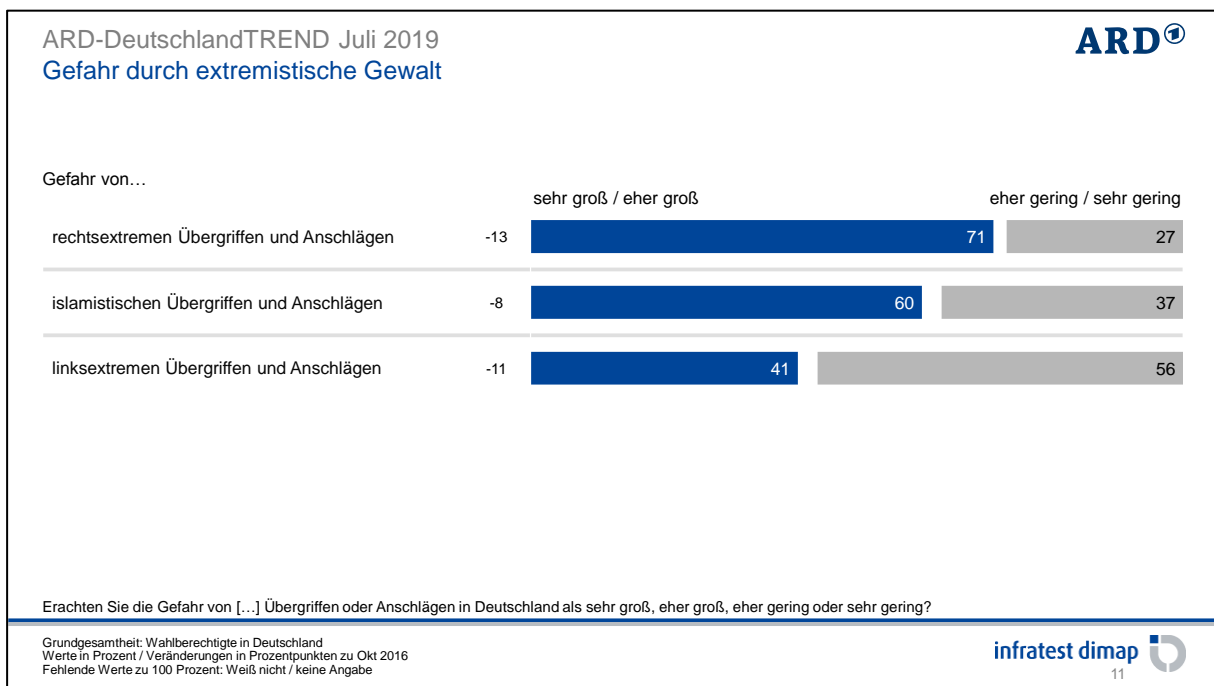
Ein Blick in die Parteianhängerschaften verdeutlicht, wie weit die Meinungen in der Bevölkerung bei diesem Thema auseinandergehen. In den Reihen der AfD sorgt sich nur eine Minderheit, dass Rechtsextremismus unsere Gesellschaft verändern könnte und der Staat zu wenig Einhalt gebietet. Die Anhänger der Grünen sind hier gegenteiliger Auffassung. Einig sind sich die Anhänger der AfD und der Grünen aber im Wunsch nach größeren Befugnissen für die Sicherheitsbehörden. Einzig im Lager der Linken steht man einer Ausweitung staatlicher Befugnisse mehrheitlich ablehnend gegenüber.

Politisch motivierte Gewalt: Größte Gefahr wird von Rechts wahrgenommen

In den letzten Jahren stand das Thema politische Gewalt wiederholt auf der Agenda durch eine Reihe islamistischer Terroranschläge in verschiedenen Ländern, die Mordserie des NSU in Deutschland, die Zunahme von rechtsextremistischen Gewalttaten gegen Migranten und Minderheiten sowie die Ausschreitungen linksextremer Gruppen beim G20 Gipfel in Hamburg im Juli 2017. Die Ermordung des Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke hat nun die Diskussion um den Umgang mit Rechtsextremismus neu entfacht.

Nach Ansicht der Bürger geht dabei die größte Gefahr von rechtsextremen Gewalttätern aus: Sieben von zehn Befragten stufen die Bedrohung durch den Rechtsextremismus als sehr groß (30 Prozent) oder eher groß (41 Prozent) ein. Für nicht viel weniger gefährlich wird die islamistische Szene gehalten, von der nach Einschätzung von 60 Prozent mit Anschlägen gerechnet werden muss. Die Gefahr, die von linksextremen Straftätern ausgeht, wird im Vergleich dazu etwas geringer eingeschätzt: Vier von zehn (41 Prozent) bewerten die Gefahr von linksextremistisch motivierten Übergriffen als sehr groß oder eher groß.

Die Gefahr, die von politisch motivierten Gewalttätern ausgeht, wird insgesamt nicht mehr ganz so hoch wie im Herbst 2016 eingestuft – denn damals hatte das Thema nach den Anschlägen von Nizza und München eine hohe Präsenz.



Die Anhänger der AfD gewichten die Gefahrenlage, die sich aus politisch motivierten Straftaten ergibt, anders als die Anhänger der anderen Parteien. Während die Anhänger der meisten anderen Parteien die größte Gefahr im Rechtsextremismus sehen, verbinden die Anhänger der AfD mit islamistischen Straftätern das mit Abstand höchste Risiko.

--

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert